**Budgetrede SPÖ- Klosterneuburg 2021**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer.

Heuer war ein wiederholt besonderes schwieriges Jahr.

Voriges Jahr hatte ich darauf hingewiesen, in welche Richtung wir und vor allem Bund und Land die Budgets gestalten werden müssen. Leider hab nicht nur ich recht behalten und es hat sich nichts geändert. Dazu später noch ausführlicher.

Möchte vorweg aber nicht vergessen, wie schwierig es ist, bei all diesen Vorgaben von Bund und Land ein Budget zustande zu bringen. Daher gilt mein Dank wie voriges Jahr nicht nur Kammeramtsdirektor Herrn Mag. Schwarz, Stadtamtsdirektor Mag. Duscher und allen Referatsleitern, für die schwierige Aufgabe das Budget zusammen zu stellen, sondern auch meinen Stadtrats Kolleginnen und Kollegen, die wiederum viel Verständnis aufweisen mussten und in den Budgetgesprächen nicht alles durchsetzen konnten, was auf der To-do-Liste stand.

Oft wiederholt, wie in den letzten Jahren weiße ich in den nächsten Zeilen auf den Finanzausgleich hin und ich werde hier nicht müde werden, dass immer wiederkehrend zu tun.

Vorweg aber noch eine kleine Anmerkung zur Aussendung von Stadtrat Dr. Pitschko. Wir Klosterneuburger Sozialdemokraten verlangen keine neuen Steuern, wie es in dieser Aussendung verstanden werden könnte. Diese Steuern gibt es ja schon in Form der Finanzierung des Finanzausgleiches. Und eben dieser gehört unserer Meinung in der Frage der Zweitwohnsitze neu aufgeteilt.

Denn wie vorher schon erwähnt, zeichnet sich leider keine nachhaltige Erholung der Gemeindefinanzen ab. Die nächste Prognose des KDZ (Zentrum für Verwaltungsforschung) zeigt, dass es keine Entschärfung der Gemeindefinanzen erhoffen lässt.

Gerade in Krisenzeiten wie jetzt aktuell mit Corona wäre es umso wichtiger hier endlich eine Finanzsicherheit herzustellen. Dazu gehört eben auch der Finanzausgleich.

Der Bund und die Länder sind hier nach wie vor gefordert endlich Ordnung zu schaffen, denn in den sogenannten Speckgürtel Gemeinden rund um die Großstädte ist das ein großes Thema, eine große Belastung und es wird in diesen Gemeinden immer schwieriger ein Budget zu gestalten. Der Speckgürtel weitet sich auch immer mehr aus und es wird für immer mehr schwieriger, nicht nur in der Großstadtnähe.

Für Klosterneuburg geht es hier um riesige Summen, wo für alle Zweitwohnsitzer Infrastruktur einer Kleinstadt zur Verfügung stehen muss, Straßen zu bauen, Straßenbeleuchtung zu errichten, die Schneeräumung sicherzustellen und vieles andere mehr, dass mit den normalen kommunalen Abgaben nicht abgegolten ist und in dieser schweren Zeit mit Corona, sowohl auch nach Corona, nicht mehr zu finanzieren sein wird und eben aus der öffentlichen Verwaltung über den Finanzausgleich nicht rückvergütet wird, sondern allein aus den Gemeindemitteln finanziert werden muss.

Das alles muss die Stadt eben mit dem Geld, das aus dem Finanzausgleich für Hauptwohnsitze an die Gemeinden ausbezahlt wird und mit den Eigenmitteln der Stadt finanzieren.

Der Stadt entgehen hier, wenn man von diesen rund 10.000 solcher Wohnsitze ausgeht, und davon, dass man für einen Hauptwohnsitz rund € 800,- aus dem Finanzausgleich bekommt, eine Summe von rund € 8 Mio. im Jahr. Bitte das sind alles ca. zahlen, die man vielleicht doch mal evaluieren sollte. Auch wenn dann etwas weniger rauskommt, bleibt es eine beachtliche Summe.

Ein Geld das wir bei den vielen notwendigen Vorhaben dringend benötigen.

Die Versäumnisse der Vergangenheit rächen sich hier massiv und leider werden die Finanzausgleichsverhandlungen immer wieder aufgeschoben. Aus Verfassungsrechtlicher Sicht ist hier die dringende Einstufung der Grundsteuerreform zu nennen, ebenso die für die Gemeinden besonders relevante Entlastung im Umlagebereich (Ko-Finanzierungsverpflichtung für Gesundheit und Pflege).

Also packen wir es an, und versuchen wir gemeinsam mit Bund und Land Lösungen zu finden. Es ist längst an der Zeit!

Hier sind vor allem die Bürgermeister gefordert mehr Druck auszuüben. Unsere volle Unterstützung ist hier sicher.

Wo wir aber als Stadt auf keinen Fall sparen dürfen, das hat uns die Covid-19 Krise wirklich gelehrt, nämlich in der Gesundheitsvorsorge und im sozialen Bereich.

Da haben wir gelernt, dass man sehr schnell an seine Grenzen der so notwendigen Ressourcen stoßen kann. Ich brauch hier wohl nicht auf das Gesundheitssystem allgemein, sprich Intensivbetten hinweisen.

Wenn man die Zahlen im Sozialreferat ansieht, dann steigen diese leider nach wie vor und es sieht hier bei weitem nicht rosig aus. Es ist uns aber im Sozialausschuss trotz aller Schwierigkeit gelungen, den Energiekostenzuschuss auf € 150.- zu erhöhen. Bei Härtefällen kann man das auf Vorschlag der FPÖ aus dem Sozialfond des Bürgermeisters um nochmals € 30.- pro Härtefall erhöhen.

Wir müssen in dieser Situation, in der wir uns befinden genau überlegen, wofür wir Geld ausgeben. Ist es notwendig, wenn man sich manch Förderung ansieht, alles zu bedienen. Auch wenn der Anschein erweckt wird, dass vielleicht auf Umwegen wieder Geld zurück fliest, ist es leider die Realität, dass das eben nicht passiert.

Es ist eben immer eine Gradwanderung, eine Entscheidung zu treffen, über geben oder einmal nein zu sagen, im Sinne der Gemeindefinanzen. Ich weiß schon das dies keineswegs einfach ist, bei all dem Begehr das täglich auf uns einfällt, nur leider notwendig und sinnvoll.

Wir haben noch sehr viele Aufgaben umzusetzen und auch zu bedenken. Das Beispiel Kinderbetreuung, Kassenärzte, hier im Besonderen die Kinderärzte angesprochen.

Muss hier in Zukunft ebenso die Gemeinde einspringen?

Es gibt mehrere Anzeichen, dass sich Kassenärzte bewusst in Wahlärzte wandeln, eben weil sich der Kassenvertrag immer mehr gegen einen Kassenarzt stellt.

Ein Beispiel: wenn man der Information Glauben schenken darf, bekommt ein Kassenarzt für einen Hausbesuch € 38.- brutto. Ein Handwerksbetrieb verlangt allein für die Anfahrt schon zwischen € 70 und € 100.-.

Ohne da jetzt den einen gegen den anderen auszuspielen zu wollen, muss hier reagiert und gegengesteuert werden. Zu klären, inwieweit wir als Kommune hier beisteuern und beeinflussen können, wird eine meiner weiteren Aufgaben sein.

Den von mir im Vorjahr angesprochenen Rettungsdienstbeitrag in einer Höhe von mehr als 300.000.- gibt es in der Form ja nicht mehr von der Stadt zu tragen und wird vom Land an den Rettungsdienst direkt ausbezahlt. Man kann aber seit heuer schon folgende Auswirkung für die Stadtfinanzen erkennen.

Nämlich hat sich der NÖKAS Beitrag (NÖ Krankenanstalten-Beitrag) von € 7,887 Mio. 2020 auf € 8,483 Mio. 2021 erhöht. Also um knapp € 600.000.-. Wenn man diese aufschlüsselt, kommt man auf ca. € 340.000.- für den Rettungsdienstbeitrag. Also eine Erhöhung und somit Mehrbelastung für die Gemeinde.

Schlau gelöst, kann ich da nur sagen, nur nicht für die Gemeinde.

Ich möchte hier nicht mit einem Zahlenkonvolut aufzeigen, das obliegt dem Finanzstadtrat, aber doch mit Nachdruck darauf hinweisen, wie ernst die Lage ist.

In einer Aussendung des Städtebundes und des KDZ heißt es, die Gemeinden sind hier doppelt belastet.

Vom Gesamt-Steuerreformvolumen tragen hier die Gemeinden alleine € 2,4 Mrd. bzw. € 600-700 Mio. pro Jahr. Noch dazu kommt die Rückzahlpflicht des Corona Hilfs Paketes in der Höhe von 1 Mrd. Euro.

Ich brauch hier nicht betonen, dass dies der Entscheidungen der Bundesregierung geschuldet ist.

Die Stadt selbst ist hier weiter auf dem vorgegebenen Weg und reduziert den Schuldenstand auf unter 50 Mio. Euro.

Zusammengefasst ist zu sagen. Die Bundesregierung zeigt uns leider täglich, wie das Vertrauen verloren geht und ist nach wie vor nicht im Stande verbindlich zu wirken.

In der schwierigen Lage, in der wir uns befinden, gibt es nur ein Miteinander. Wenn ich mir so manch Gemeinderatsitzung Revue passieren lasse, zeigen einige von uns leider kein wesentlich anderes Bild als manche in der Regierung, oder im Nationalrat. Endlose nichts nützende Wortgefechte, die niemanden helfen und interessieren.

Darum, versuchen wenigstens wir in der Kommune, dass zu schaffen was in der großen Welt der Politik nicht gelingt, wie, ehrlich zu sein, verbindlich zu sein, vor allem respektvoll zu sein und gemeinsam das notwendige für unsere Stadt zu entwickeln und zu fördern.

Wir werden dem Budget Voranschlag für 2022 zustimmen.

Schöne Weihnachten und einen guten Rutsch, und vor allem viel Gesundheit uns allen.

Danke!